



Dienstag, 29. April 2025, 13:00 Uhr  
~12 Minuten Lesezeit

# Eigennutz vor Gemeinnutz

Künstliche Intelligenz, Stiftungen und Moraldruck krepeln den Journalismus um — „Gemeinnutz“ ist dabei nur ein Tarnbegriff für knallharte Interessen.

von Günther Burbach  
Foto: Tero Vesalainen/Shutterstock.com

*Der Begriff „gemeinnützig“ klingt harmlos, nach bürgerschaftlichem Engagement, nach idealistischer*

*Recherche. Doch hinter den Kulissen stehen milliardenschwere Stiftungen. Die fördern vor allem einen Journalismus, der Haltung zeigt. Doch was bedeutet das, wenn diese Haltung immer häufiger mit Regierungsnarrativen, Transatlantiklinien oder Nichtregierungsagenden übereinstimmt? Gemeinnützigkeit ersetzt zunehmend das klassische Geschäftsmodell des Journalismus: Anzeigenkunden, Abo-Modelle und Leserbindung. Das klingt progressiv. Doch es birgt Risiken. Denn die Leser sind nicht mehr die Auftraggeber. Die Spender sind es. Und die Spender sind oft keine neutralen Kräfte, sondern Akteure mit Einfluss, Interessen und strategischer Agenda.*

## **Aufbruch oder Abbruch? – Die Medien im Wandel der Finanzierung**

**Es ist eine paradoxe Zeit: Während klassische Printmedien sterben und öffentlich-rechtliche Anstalten in ihren Selbstverständnissen taumeln, feiern gemeinnützige Projekte ihren Aufstieg zur moralischen Instanz. Sie heißen Correctiv, Netzwerk Recherche, Kontext oder FragDenStaat, und sie gelten als Gegenmittel zur Vertrauenskrise der Medien. Doch wer sie finanziert, bestimmt oft, was gesagt werden darf. Und was besser nicht.**

Der Begriff „gemeinnützig“ klingt harmlos, nach bürgerschaftlichem Engagement, nach idealistischer Recherche. Doch hinter den Kulissen stehen milliardenschwere Stiftungen: Open Society Foundations, die Rudolf-Augstein-Stiftung, die Schöpflin-Stiftung,

die Robert-Bosch-Stiftung und viele mehr. Sie fördern Projekte, Initiativen, Redaktionen. Und sie fördern einen Journalismus, der Haltung zeigt. Doch was bedeutet das, wenn diese Haltung immer häufiger mit Regierungsnarrativen, Transatlantiklinien oder Nichtregierungsagenden übereinstimmt?

Gemeinnützigkeit ersetzt zunehmend das klassische Geschäftsmodell des Journalismus: Anzeigenkunden, Abo-Modelle und Leserbindung. Das klingt progressiv. Doch es birgt Risiken. Denn die Leser sind nicht mehr die Auftraggeber. Die Spender sind es.

Und die Spender sind oft keine neutralen Kräfte, sondern Akteure mit Einfluss, Interessen und strategischer Agenda.

Correctiv etwa, vielfach ausgezeichnet, arbeitet mit Partnern wie der Google News Initiative, dem European Journalism Centre und der Open Society zusammen. Die Recherchen wirken unabhängig, doch die Finanzierung lässt Zweifel zu. Wer zahlt für Investigativjournalismus, der regelmäßig gegen „Verschwörungserzählungen“ vorgeht, aber nie über westliche Kriegsverbrechen, Lobbyverflechtungen oder geopolitische Doppelmoral schreibt? Ist das Zufall? Oder Struktur?

Auch FragDenStaat, ein Projekt der Open Knowledge Foundation, wirkt wie ein demokratisches Leuchtfeuer und leistet zweifelsohne wichtige Arbeit. Doch es fällt auf: Kaum ein Text stellt die zentralen Narrative zu Krieg, Aufrüstung oder Coronapolitik infrage. Die Themenpalette ist moralisch sortiert. Aufklärung ja, aber in Richtung Regierungsnähe.

Und dann wäre da noch die Frage: Wer entscheidet, was gemeinnützig ist? In Deutschland ist das Finanzamt der Gatekeeper. Es bestimmt, ob ein Projekt steuerlich begünstigt wird oder nicht. Die Begründung dafür? Politisch. So wurde der

globalisierungskritischen Nichtregierungsorganisation (NGO) Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt, ebenso dem Demokratischen Zentrum Ludwigsburg, der antifaschistischen Bildungsinitiative VVN-BdA und mehreren Initiativen mit linker oder friedenspolitischer Ausrichtung. Gleichzeitig erhalten journalistische Projekte, die Regierungspolitik eher flankieren als hinterfragen, die höchste steuerliche Anerkennung.

***Die neue Medienordnung basiert auf einem simplen Prinzip: Die, die am besten vernetzt sind, gelten als die Unabhängigsten. Das ist die Verkehrung einer alten journalistischen Weisheit.***

Unabhängig war, wer keinem diente. Heute ist unabhängig, wer von vielen NGOs gefördert wird, solange diese keine Alternativen zur Systemlogik formulieren.

Die Krise der klassischen Medien hat ein Vakuum hinterlassen. Und dieses Vakuum wird nun gefüllt. Nicht durch den Leser, nicht durch den freien Markt, sondern durch Geldgeber mit Haltung. Haltung ersetzt Unabhängigkeit. Moral ersetzt Neugier. Gemeinnützigkeit ersetzt Pluralität.

Wer dies kritisiert, steht schnell unter Verdacht: Man sei „gegen den guten Journalismus“, ein „Feind der Aufklärung“, womöglich gar ein „rechter Querfront-Denker“. Dabei ist die eigentliche Frage viel einfacher und viel radikaler:

***Wer darf heute noch fragen, ohne dass er vorher sagt, welche Antworten er will? Wer darf heute noch recherchieren, ohne dass eine Stiftung vorher definiert, was als sinnvoll gilt? Gemeinnützigkeit wird zur neuen Norm. Doch sie trägt einen Preis. Und der heißt: Gesinnung.***

# Die KI schreibt mit – Wer denkt hier eigentlich noch selbst?

Es gibt einen neuen Redakteur in den Nachrichtenredaktionen, und er braucht keine Mittagspause, keine Gehaltserhöhung, keine Berufsethik. Er heißt GPT. Oder Bard. Oder einfach: Algorithmus. Künstliche Intelligenz (KI) ist längst nicht mehr nur ein Zukunftsversprechen, sie ist Realbetrieb. Und sie verändert gerade still und unauffällig das Fundament des Journalismus: die Autorschaft.

Was früher mit Recherche, Urteilskraft und Sprache zu tun hatte, wird heute in Sekunden synthetisiert. Presstexte werden von KI formuliert. Börsenberichte automatisiert. Wetterberichte, Unfallmeldungen, sogar politische Kommentare lassen sich mit wenigen Stichwörtern generieren. In den USA und China ist der KI-Newsroom längst Realität. In Deutschland tasten sich Redaktionen wie der *Spiegel*, die *FAZ* oder der *Bayerische Rundfunk* vorsichtig heran. Noch. Doch die Entwicklung ist nicht aufzuhalten, auch weil sie ökonomisch so verlockend ist.

***Denn KI ist billig. Sie produziert unendlich viel, unendlich schnell, in unendlicher Form. Und sie stellt keine Fragen. Vor allem keine unbequemen. Genau darin liegt die Gefahr.***

Wenn Algorithmen Texte schreiben, stellen sie nicht infrage, ob eine Quelle glaubwürdig ist. Sie bewerten keine Regierungspolitik. Sie ringen nicht mit Ambivalenz. Sie reproduzieren das, was sie gelernt haben: das linguistische Mittelmaß einer Welt, wie sie von Menschen mit Zugriff auf Trainingsdaten beschrieben wurde. Und diese Menschen sitzen zumeist im Westen. Im Silicon Valley. Bei Google. Bei Microsoft.

Die Modelle der großen KI-Anbieter sind keine neutralen Werkzeuge. Sie sind eingebettete Diskurssysteme. Was als „Desinformation“ gilt, ist oft eine programmierte Vorentscheidung. Wer Fragen zu NATO-Kriegen stellt, bekommt andere Antworten als jemand, der über LGBTQ-Rechte in Russland schreibt. Wer wissen will, ob Coronamaßnahmen unverhältnismäßig waren, landet im Nebel der Vorbehalte. Wer kritisiert, was als moralischer Konsens gilt, bekommt Verweise auf Debattenethik. Die KI urteilt nicht. Aber sie sortiert. Und was sie sortiert, wird zur Wirklichkeit.

***Die Gefahr ist subtil: Die neue Medienwelt ist nicht totalitär. Sie ist nicht gleichgeschaltet. Sie ist kuratiert. Und Kuratierung ist die digitale Form von Zensur, weich, freundlich, ohne Schüsse.***

Wer kontrolliert, was erscheint, muss nicht verbieten. Er muss nur sortieren. Und dabei hilft KI, effizient, emotionslos, und präzise.

Gleichzeitig ersetzt die KI nicht nur Journalisten. Sie verändert auch die Leser. Die ständige Verfügbarkeit perfekt formulierter Informationen macht uns passiv. Warum noch selbst recherchieren, wenn ein Chatbot alles erklärt? Warum noch differenzieren, wenn das erste Ergebnis schon plausibel klingt? Die kognitive Bequemlichkeit wird zur neuen Norm.

***Doch wer nicht mehr denkt, lässt denken. Und wer das Denken an Maschinen delegiert, überlässt die Deutungshoheit denen, die sie programmieren.***

Die KI schreibt mit. Aber was sie schreibt, ist nicht nur Text. Es ist die neue Ordnung des Sagbaren.

## **Zwischen Haltung und Härte – Wenn**

# Journalismus zur Gesinnungspflicht wird

Ein Journalist sollte unbequem sein. Ein Stachel im Fleisch der Macht, ein Chronist des Widerspruchs. Doch wer sich heute in den Redaktionen umsieht oder vielmehr: hineinzuhören versucht, trifft auf eine seltsame Stille. Nicht, weil nichts gesagt wird. Sondern weil das, was gesagt wird, längst vordefiniert scheint. Haltung ist zur Voraussetzung geworden. Und wer davon abweicht, läuft Gefahr, seinen Platz zu verlieren, nicht wegen mangelnder Qualität, sondern wegen mangelnder Konformität.

Die neue Tugend des Journalismus heißt Gesinnung. Es reicht nicht mehr, korrekt zu recherchieren. Man muss auch das Richtige fühlen, das Richtige meinen, das Richtige signalisieren. Wer das nicht tut, wird nicht zensiert – er wird aussortiert. Leise, effizient, moralisch.

***Früher hieß es: Journalismus muss unabhängig sein. Heute heißt es: Journalismus muss Haltung zeigen. Klingt gut und ist doch tückisch. Denn was als Haltung durchgeht, ist oft nichts weiter als affirmatives Weltbild.***

Die westliche Wertegemeinschaft ist gut. Russland ist böse. Die NATO schützt den Frieden. Wer differenziert, relativiert. Wer nachfragt, sympathisiert. Wer widerspricht, gefährdet.

Beispiele dafür gibt es genug. Die Rauswürfe prominenter Journalisten, die „zu nah an der Querfront“ geschrieben hätten. Die Absagen an Autoren, die „falsche Fragen“ gestellt oder „nicht hilfreiche Perspektiven“ vertreten haben. Die Einladungspolitik in Talkshows, die wie eine politische Blacklist wirkt. Immer häufiger ist nicht entscheidend, *was* jemand sagt, sondern *woher* es kommt. Der Absender zählt, nicht das Argument.

Diese neue journalistische Hygiene zerstört das Vertrauen. Denn sie befeuert ein Klima der Angst. Junge Journalisten lernen früh, welche Themen Karrieren gefährden. Welche Formulierungen problematisch sind. Welche Quellen man besser nicht zitiert. Und welche Zweifel man besser für sich behält. Aus Selbstzensur wird Redaktionslinie.

Gleichzeitig wächst das Misstrauen gegenüber den Lesern. Wer sie nicht mehr aufklären, sondern erziehen will, verliert sie. Und wundert sich dann über das Erstarken „alternativer“ Medien, die nicht deshalb gelesen werden, weil sie immer recht haben, sondern weil sie überhaupt noch streiten. Weil sie überhaupt noch *abweichen*.

In vielen Redaktionen hat sich eine stille Orthodoxie breitgemacht. Nicht durch Erlass, sondern durch Konsens. Man weiß, was man sagt und was nicht. Die moralische Komfortzone ist zum Arbeitsvertrag geworden. Und wer sie verlässt, geht freiwillig oder wird gegangen.

Doch ohne Widerspruch gibt es keinen Journalismus. Ohne Ambivalenz keine Aufklärung. Und ohne Mut zur Differenz keine Wahrheit, sondern nur Wohlverhalten.

Der Preis für diese Gesinnungspflicht ist hoch. Sie kostet den Journalismus seine Seele. Denn ein Journalismus, der die richtige Haltung sucht, bevor er die richtigen Fragen stellt, ist kein Journalismus mehr. Er ist PR. Für ein System, das sich selbst nicht mehr erklärt, sondern nur noch bestätigt.

Die Frage bleibt: Wann ist Journalismus nicht mehr Haltung, sondern Mut?

# Die neue Ordnung – Wenn öffentlich-rechtlich, privat und gemeinnützig fusionieren

Lange Zeit war die mediale Landschaft klar getrennt: Da waren die öffentlich-rechtlichen Sender, finanziert durch Gebühren und zur Neutralität verpflichtet. Da waren die privaten Medienhäuser, abhängig von Anzeigenkunden und Auflagenstärke. Und da waren die freien, oft prekären Stimmen: Blogs, Podcasts, alternative Portale. Diese Welt gibt es nicht mehr. Heute erleben wir eine Fusion, nicht strukturell, aber mental. Eine neue Medienordnung entsteht, in der sich alle auf denselben Resonanzraum verständigt haben: Sicherheit, Verantwortung, Demokratie und leider auch Konformität.

Was früher Wettbewerb war, ist heute Gleichklang. Öffentlich-rechtliche Anstalten kooperieren mit Stiftungsjournalismus. Private Medien beziehen Inhalte aus denselben Thinktanks, Studien und NGO-nahen Recherchenetzwerken. Und auch viele sogenannte freie Medien sind längst Teil eines Milieus, das weniger Vielfalt produziert als gewünscht.

Ein Beispiel: Correctiv recherchiert zu Rechtsextremismus, Pandemiepolitik, Klimawandel – Themen, die zweifellos Relevanz haben. Die Inhalte fließen in die Berichterstattung großer Medien ein: *Tagesschau*, *Süddeutsche Zeitung*, *Spiegel*, ZDF. Kooperationen werden begrüßt, Quellen seltener hinterfragt. Der kritische Abstand, eine journalistische Tugend, schwindet zugunsten eines moralischen Schulterschlusses.

Gleichzeitig sehen sich öffentlich-rechtliche Sender zunehmend unter Legitimationsdruck und reagieren mit PR. Ob „Faktenfinder“ oder „Faktencheck“, ob Debattenformate oder neue „Dialogangebote“: Es geht nicht mehr um Journalismus, sondern um

Vertrauensmanagement. Wer Kritik übt, gilt schnell als Gegner der Demokratie und nicht als notwendiges Korrektiv ihrer medialen Repräsentation.

Auch private Medienhäuser passen sich an. Aus wirtschaftlichem Druck, aber auch aus Überzeugung. Eine zu offene Debatte schreckt Anzeigenkunden ab. Wer zu viel Kritik an NATO, WHO, EU oder Pharmaindustrie übt, verliert Reichweite und damit Relevanz. So entsteht eine neue Allianz: nicht aus Zwang, sondern aus Kalkül. Eine Allianz der Zustimmung.

***Die Gemeinsamkeit dieser Fusion ist das Narrativ: Wir sind die Guten. Wir stehen für Vernunft, Aufklärung, Verantwortung. Doch was, wenn gerade dieser Anspruch zur größten Gefahr wird? Wenn aus moralischem Selbstverständnis moralischer Dogmatismus wird? Wenn Widerspruch nicht mehr als Teil des Spiels gilt, sondern als Störung der Ordnung?***

Diese neue Medienordnung ist kein orchestriertes Komplott. Sie ist das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung: ökonomisch, ideologisch, technologisch. Aber sie hat Folgen. Sie verengt den Diskursraum. Sie homogenisiert die Meinung. Und sie erzeugt ein Bild von Wirklichkeit, das mit der Realität vieler Menschen nur noch wenig zu tun hat.

Besonders perfide ist dabei die Symbolik. Pluralismus wird zur Fassade. Talkshows simulieren Debatte, in der sich am Ende doch alle einig sind. Investigativformate feiern sich für kritische Recherchen, solange sie systemkonform bleiben. Und selbst alternative Plattformen reproduzieren oft nur eine neue Variante des Lagerdenkens.

Es ist ein System der stillen Übereinkunft. Kein Verbot, keine Zensur. Nur eine subtile Anpassung. Eine mediale Mitte, die sich

selbst genügt und dabei das verliert, was Journalismus einmal war: ein Ort des Streits, ein Ort der Unruhe, ein Ort der Reibung.

Die Frage lautet also nicht mehr: Wer sagt die Wahrheit? Sondern: Wem trauen wir noch zu, überhaupt eine abweichende Perspektive zu formulieren?

## **Was bleibt vom Journalismus? — Zwischen Rettung und Resignation**

Am Ende bleibt eine Frage: Was soll Journalismus heute eigentlich noch leisten? Soll er kontrollieren oder bestätigen? Soll er Zweifel säen oder Sicherheit spenden? Soll er Freiheit sichern oder Konsens verwalten?

Was wir derzeit erleben, ist nicht nur ein Wandel des Journalismus, sondern ein Wandel seiner Legitimation. Viele Redaktionen, öffentlich, privat, gemeinnützig, verstehen sich nicht mehr als vierte Gewalt, sondern als pädagogische Instanz. Sie erklären, sie bewerten, sie führen. Aber sie hören nicht mehr zu. Und sie streiten nicht mehr.

Dabei wäre genau das nötiger denn je. In einer Welt, in der politische Lager zerfallen, in der Misstrauen zur Grundhaltung geworden ist, in der Menschen nicht wissen, welchem Medium sie noch trauen können, in dieser Welt müsste Journalismus vor allem eines tun: offen bleiben. Für Fragen, für Kritik, für Widerspruch. Nicht alles muss gesagt werden dürfen, aber alles muss gefragt werden können. Und genau daran hapert es.

***Viele Menschen haben sich innerlich verabschiedet. Nicht vom Journalismus als Ideal, sondern von seinem realen Zustand. Sie erkennen ihn nicht mehr wieder. Er***

***erscheint ihnen wie ein geschlossener Raum, in dem andere sprechen. Und in dem sie selbst nicht mehr vorkommen. Die Folgen: Rückzug. Zynismus. Alternative Wirklichkeiten.***

Doch Rückzug ist keine Lösung. Die Aufgabe lautet nicht: neue Wahrheiten erfinden, sondern alte Tugenden erneuern. Genau das versuchen einige wenige noch: investigativer Journalismus außerhalb der Sendeanstalten, freie Autoren, alternative Plattformen, mutige Podcasts. Sie sind nicht perfekt. Aber sie sind notwendig. Denn sie erinnern uns daran, dass Journalismus mehr ist als die Verwaltung von Information. Er ist der Versuch, die Welt zu verstehen und sich dabei nicht gemein zu machen.

Was bleibt vom Journalismus? Vielleicht genau das: die Sehnsucht nach einer Stimme, die nicht schreit. Nach einem Text, der nicht moralisierend entgleist. Nach einer Recherche, die kein Urteil vorwegnimmt. Und nach einem Raum, in dem wieder Platz ist: für Unsicherheit, für Differenz, für echten Streit.

Wenn der Journalismus diesen Raum nicht mehr bieten kann, dann werden ihn andere füllen. Das ist kein Wunsch, sondern eine Warnung. Und zugleich eine Chance: Denn jede Krise ist auch ein Neubeginn. Aber nur, wenn man sich erinnert, wofür es sich lohnt, das Wort zu ergreifen.

***Was bleibt? Der Auftrag. Die Haltung. Der Zweifel. Und — mit etwas Glück — der Mut.***



**Günther Burbach**, Jahrgang 1963, ist

Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.